Stand: 15.12.2025 09:29:18

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/18701

"Jugendbeteiligung in Bayern weiter voranbringen IV: Jugendpolitische Mitwirkung in den Kommunen intensivieren"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/18701 vom 29.10.2021
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/19525 des KI vom 24.11.2021
3. Beschluss des Plenums 18/21105 vom 15.02.2022
4. Plenarprotokoll Nr. 105 vom 15.02.2022

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 29.10.2021 **Drucksache** 18/**18701**

Antrag

der Abgeordneten **Thomas Huber, Matthias Enghuber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Dr. Stephan Oetzinger, Andreas Schalk, Sylvia Stierstorfer CSU**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Joachim Hanisch, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Jugendbeteiligung in Bayern weiter voranbringen IV: Jugendpolitische Mitwirkung in den Kommunen intensivieren

Der Landtag wolle beschließen:

Die politische Mitwirkung jugendlicher Gemeindeangehöriger ist allen Kommunen in Bayern ein großes Anliegen. Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden zu prüfen, wie folgende Punkte in möglichst vielen bayerischen Gemeinden umgesetzt werden können, um den besonderen Bedürfnissen der Jugendlichen gerecht werden zu können:

1. Zusätzlich zu den jährlich verpflichtend stattfindenden Bürgerversammlungen beruft die (Ober-)Bürgermeisterin bzw. der (Ober-)Bürgermeister mindestens einmal jährlich eine allgemeine Jugendversammlung ein, zu der insbesondere die Gemeindeangehörigen im Jugendlichenalter einzuladen sind.
2. Alle Detailbestimmungen zur Bürgerversammlung aus Art. 18 Gemeindeordnung (GO) hinsichtlich Einberufung, Tagesordnung und weiterer Behandlung der Beschlüsse könnten analog gelten.
3. Gemeinden und Städte benennen eine Ansprechpartnerin bzw. einen Ansprechpartner für die Belange jugendlicher Gemeindeangehöriger, die bzw. der ein Anhörungsrecht im Gemeinde- bzw. Stadtrat hat. Die Ansprechpartnerin bzw. der Ansprechpartner wird durch den Gemeinde- oder Stadtrat aus seiner Mitte oder extern benannt.
4. Wünschenswert ist zudem ein verfasstes Gremium der Jugendbeteiligung, wie zum Beispiel Jugendparlamente, Jugendforen oder andere dauerhafte Beteiligungsformen.

Entscheidend ist dabei, dass das kommunale Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden nicht beeinträchtigt wird. In diesem Sinne sollen bereits vorhandene Gremien und Strukturen im Bereich der Jugendbeteiligung, wie zum Beispiel Jugendparlamente, berücksichtigt werden. Entscheidend ist, dass vorhandene örtliche Gegebenheiten Berücksichtigung finden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Begründung:

Ziel bayerischer Jugendpolitik ist es, die Jugendlichen in alle sie betreffenden Entscheidungen in allen Lebensbereichen einzubeziehen. Dies kann zur Chancen- und Generationengerechtigkeit beitragen. Denn viele langfristige Entscheidungen betreffen die Jugendlichen von heute.

Jugendliche haben spezifische Interessen und Bedürfnisse. Die Identifikation jugendlicher Gemeindeangehöriger mit ihrer Heimat ist für eine vitale Gemeindeentwicklung lebensnotwendig. Jugendliche wollen vor allem in örtliche Planungs- und Gestaltungsprozesse (Raumplanung, Verkehrsplanung, Bauplanung, Jugendhilfeplanung) eingebunden werden. Daher muss gewährleistet sein, dass die Bedürfnisse von Jugendlichen in der Kommunalpolitik wahrgenommen und gewürdigt werden. Das hat auch die Anhörung zum Thema „Stärkung der Jugendbeteiligung in Bayern“ im sozialpolitischen Ausschuss am 6. Mai 2021 ergeben.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 24.11.2021 **Drucksache** 18/**19525**

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Matthias Enghuber,
Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU,
Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER)
Drs. 18/**18701**

Jugendbeteiligung in Bayern weiter voranbringen IV: Jugendpolitische Mitwirkung in den Kommunen intensivieren

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichterstatter: **Matthias Enghuber**
Mitberichterstatter: **Klaus Adelt**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport federführend zugewiesen. Weitere Ausschüsse haben sich mit dem Antrag nicht befasst.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 46. Sitzung am 24. November 2021 beraten und mit folgendem Stimmergebnis:

CSU:	Zustimmung
B90/GRÜ:	Zustimmung
FREIE WÄHLER:	Zustimmung
AfD:	Ablehnung
SPD:	Enthaltung
FDP:	Zustimmung

Zustimmung empfohlen.

Dr. Martin Runge
Vorsitzender

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag

18. Wahlperiode 15.02.2022 **Drucksache** 18/**21105**

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Thomas Huber, Matthias Enghuber, Prof. Dr. Winfried Bausback, Petra Högl, Andreas Jäckel, Jochen Kohler, Dr. Stephan Oetzinger, Andreas Schalk, Sylvia Stierstorfer CSU**,

Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Manfred Eibl, Susann Enders, Dr. Hubert Faltermeier, Hans Friedl, Eva Gottstein, Wolfgang Hauber, Johann Häusler, Dr. Leopold Herz, Alexander Hold, Nikolaus Kraus, Rainer Ludwig, Gerald Pittner, Bernhard Pohl, Kerstin Radler, Gabi Schmidt, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Drs. 18/**18701**, 18/**19525**

Jugendbeteiligung in Bayern weiter voranbringen IV:
Jugendpolitische Mitwirkung in den Kommunen intensivieren

Die politische Mitwirkung jugendlicher Gemeindeangehöriger ist allen Kommunen in Bayern ein großes Anliegen. Die Staatsregierung wird daher aufgefordert, gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden zu prüfen, wie folgende Punkte in möglichst vielen bayerischen Gemeinden umgesetzt werden können, um den besonderen Bedürfnissen der Jugendlichen gerecht werden zu können:

1. Zusätzlich zu den jährlich verpflichtend stattfindenden Bürgerversammlungen beruft die (Ober-)Bürgermeisterin bzw. der (Ober-)Bürgermeister mindestens einmal jährlich eine allgemeine Jugendversammlung ein, zu der insbesondere die Gemeindeangehörigen im Jugendlichenalter einzuladen sind.
2. Alle Detailbestimmungen zur Bürgerversammlung aus Art. 18 Gemeindeordnung (GO) hinsichtlich Einberufung, Tagesordnung und weiterer Behandlung der Beschlüsse könnten analog gelten.
3. Gemeinden und Städte benennen eine Ansprechpartnerin bzw. einen Ansprechpartner für die Belange jugendlicher Gemeindeangehöriger, die bzw. der ein Anhörungsrecht im Gemeinde- bzw. Stadtrat hat. Die Ansprechpartnerin bzw. der Ansprechpartner wird durch den Gemeinde- oder Stadtrat aus seiner Mitte oder extern benannt.
4. Wünschenswert ist zudem ein verfasstes Gremium der Jugendbeteiligung, wie zum Beispiel Jugendparlamente, Jugendforen oder andere dauerhafte Beteiligungsformen.

Entscheidend ist dabei, dass das kommunale Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden nicht beeinträchtigt wird. In diesem Sinne sollen bereits vorhandene Gremien und Strukturen im Bereich der Jugendbeteiligung, wie zum Beispiel Jugendparlamente, berücksichtigt werden. Entscheidend ist, dass vorhandene örtliche Gegebenheiten Berücksichtigung finden.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Die Präsidentin
I.V.

Thomas Gehring
II. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring

Zweiter Vizepräsident Thomas Gehring: Ich rufe den **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung

über Anträge etc., die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Fraktionen im Hause. Gegenstimmen? – Keine. Die fraktionslosen Abgeordneten sind nicht anwesend. Deshalb haben wir auch keine Stimmenthaltungen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

(E)	einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH)	Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A)	Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z)	Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Anträge

1. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Situation der Pflegefamilien in Bayern
Drs. 18/17207, 18/20131 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Bayerischer Bürgerinnen- und Bürgerrat Klima
Drs. 18/18132, 18/20111 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Zehn innovative Windkraft-Pilotprojekte für verbesserten Vogelschutz
Drs. 18/18379, 18/20112 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

4. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Matthias Enghuber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Jugendbeteiligung in Bayern weiter voranbringen IV: Jugendpolitische Mitwirkung in den Kommunen intensivieren
Drs. 18/18701, 18/19525 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	ENTH	Z

5. Antrag der Abgeordneten Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Eva Gottstein u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER), Thomas Huber, Matthias Enghuber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU
Jugendbeteiligung in Bayern weiter voranbringen V: Wertschätzung des Engagements von Kindern und Jugendlichen
Drs. 18/18702, 18/20087 (ENTH)

auf Antrag der FDP-Fraktion
Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	ENTH	Z	ENTH	Z	Z

6. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Matthias Enghuber, Prof. Dr. Winfried Bausback u.a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Tobias Gotthardt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Jugendbeteiligung in Bayern weiter voranbringen VI: Ehrenamtliches Engagement in Zeugnissen würdigen
Drs. 18/18703, 18/20134 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	Z	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit I – Handlungsübergreifende Maßnahmen
Drs. 18/18715, 18/19846 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	**ohne**

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Zustimmung“** zugrunde zu legen.

8. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit II – Bereichsspezifische Maßnahmen: Bildung
Drs. 18/18716, 18/20132 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit III – Bereichsspezifische Maßnahmen: Verwaltung
Drs. 18/18717, 18/19907 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

10. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit IV – Bereichsspezifische Maßnahmen: Beschäftigung
Drs. 18/18718, 18/19847 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	ENTH	**ohne**

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum **„Enthaltung“** zugrunde zu legen.

11. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit V – Bereichsspezifische Maßnahmen: Flucht und Migration
Drs. 18/18719, 18/20117 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

12. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit VI – Bereichsspezifische Maßnahmen: Soziales
Drs. 18/18720, 18/20088 (A)

auf Antrag der FDP-Fraktion
Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	ENTH

13. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit VII – Bereichsspezifische Maßnahmen: Polizei
Drs. 18/18721, 18/20061 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

14. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit VIII – Bereichsspezifische Maßnahmen: Justiz
Drs. 18/18722, 18/20118 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	A

15. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit IX – Bereichsspezifische Maßnahmen: Gesundheit
Drs. 18/18723, 18/20126 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

16. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit X – Bereichsspezifische Maßnahmen: Freizeit
Drs. 18/18724, 18/20062 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

17. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Landesaktionsplan gegen Rassismus, Antisemitismus und gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit XI – Bereichsspezifische Maßnahmen: Wohnen
Drs. 18/18725, 18/20133 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Wohnen, Bau und Verkehr

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
Z	Z	Z	A	Z	Z

18. Antrag der Abgeordneten Ulrich Singer, Jan Schiffers, Dr. Anne Cyron u.a. und Fraktion (AfD)
Für soziale Gerechtigkeit sorgen:
Sonderfonds für bayerische Minijobber auflegen, die wegen der coronabedingten Schließungen keinen Lohn mehr bekommen haben
Drs. 18/18779, 18/20089 (A)

auf Antrag der FDP-Fraktion
Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	A	A	Z	A	A

19. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Ruth Waldmann, Diana Stachowitz u.a. SPD
Investitionskostenförderung für Wohnraum für Menschen mit Behinderung sicherstellen
Drs. 18/18941, 18/20090 (A)

auf Antrag der FDP-Fraktion
Votum des mitberatenden Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z

20. Antrag der Abgeordneten Ruth Müller, Martina Fehlner, Annette Karl u.a. SPD
Fortbildungen für Imker durch Vereine an Digitalisierung anpassen
Drs. 18/19746, 18/20056 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
A	Z	A	A	Z	Z